

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 81 (2003)
Heft: 1

Artikel: Bologna reicht nicht
Autor: Wyler, Emanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341747>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bologna reicht nicht

Im Herbst 2002 knallten die Champagnerkorken an den Schweizer Hochschulen: Der ETH-Forscher Kurt Wüthrich hatte den Nobelpreis gewonnen. Für eine kurze Zeit konnte man vergessen, dass an unseren Universitäten nicht alles in Ordnung ist. Berichte über die Ränkespiele bei Berufungen und völlig überrannte Studiengänge gerieten in den Hintergrund, ebenso internationale Forschungsvergleiche, bei denen die Schweiz nicht immer gut wegkommt.

Emanuel Wyler

Die Überlastung in einzelnen Fächern wie Publizistik, Politologie, Rechtswissenschaften oder Wirtschaftswissenschaften ist eines der grössten Probleme der Hochschulen. In den letzten Jahren hat man es verpasst, diese Fächer mit den entsprechenden Kapazitäten auszustatten. Nun wird der Zugang dazu versperrt: die Universität Zürich will Publizistik als erstes Hauptfach schliessen und es wird mit dem ersten Numerus clausus ausserhalb der Medizin gedroht. Aber nicht nur die mangelnde Planung trägt zur Überlastung bei, auch die Finanzen sind knapp. Unter dem finanziellen Kahlschlag der bürgerlichen PolitikerInnen leiden auch die Hochschulen. Die Staatsbeiträge können mit der notwendigen Erhöhung der Ausgaben nicht Schritt halten. Die Schweizer Universitäten geraten so gegenüber Hochschulen im Ausland in Rückstand.

Was will Bologna?

Weitere Probleme birgt die an sich erwünschte Mobilität der Hochschulangehörigen von Fachhochschulen (FH) und Universitäten. Akademische Titel sind von Land zu Land verschieden und werden daher gegenseitig nicht immer anerkannt. Häufig müssen dann unnötigerweise zusätzliche Kurse belegt werden, um einen Titel zu erwerben. Die einheitliche Anerkennung von Hochschulleistungen (Vorlesungen, Seminare, Tutorate, usw.) ist unmöglich, da kein System für deren Bewertung existiert. Hier greift die Bologna-Deklaration ein: sie will die akademischen Titel in Europa vereinheitlichen. Das heutige Diplom oder Lizenziat wird wie in den angelsächsischen Ländern in einen Bachelor- und einen Masterabschluss aufgeteilt. Das daran gekoppelte ECTS (European Credit Transfer System) dient zur Bewertung von Leistungen: Die Studierenden erhalten für abgeschlossene Veranstaltungen Punkte, die auch in anderen Ländern Geltung haben. Bei etwa 180 Punkten (dazu braucht man drei bis vier Jahre Studium) wird der Bachelor-Titel verliehen, bei 270 Punkten der Master.

ECTS und Bologna sollten allen Hochschulangehörigen, Studierenden, ProfessorInnen usw. die Tür zu allen europäischen Unis öffnen.

Die Bologna-Reform greift also ein wichtiges Thema auf. Sie löst aber andere Probleme nicht oder verschärft sie sogar. Gerade brennende Themen wie soziale Un-

gleichheiten oder Gleichstellung werden völlig ausgeblendet. Wie später ausgeführt, müssen diese Punkte aber ebenso dringend gelöst werden.

Was sind nun konkrete Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Bologna-Deklaration?

Das Geld ist knapp

Die genannten Reformen werden die Schweizer Tertiärstufe ohne Zweifel stark verändern – mit entsprechenden Nebenwirkungen. Ein grosse und nach wie vor ungeklärte Frage ist die der Finanzierung der Reformen. Die Umstellungen und vor allem die Einführung des Punktesystems werden einen enormen administrativen Mehraufwand nach sich ziehen. Heute besteht der Nachweis für eine akademische Veranstaltung in einer Unterschrift der Dozierenden, die von den StudentInnen aufbewahrt werden muss. In Zukunft müssen sämtliche Veranstaltungen (an der Universität Zürich beispielsweise mehrere Tausend pro Jahr) mit Punkten bewertet werden; die Punkte werden in riesigen Datenbanken zentral verwaltet. Für die DozentInnen und AssistentInnen ergibt sich sehr viel Mehrarbeit: Während heute alljährliche Prüfungen die Regel sind, muss in Zukunft für jede einzelne Veranstaltung ein Leistungsnachweis erbracht werden. Dies kann in Form einer schriftlichen Arbeit oder eines Vortrages sein; am wahrscheinlichsten sind allerdings Prüfungen am Ende des Semesters. Bei mehreren Hundert StudentInnen pro Jahrgang in den stark belasteten Fächern bedeutet dies, dass zu jedem Semesterende Tausende von Prüfungen abgenommen und korrigiert werden müssen.

Da das akademische Personal schon heute an der oberen Belastungsgrenze arbeitet, werden zusätzliche Stellen unumgänglich und damit höhere Staatsbeiträge nötig – was bei den heute üblichen Budgetkürzungen nicht einfach zu erreichen

ist. Eine Alternative zu höheren Staatsbeiträgen ist die Einführung von Studierendenzahlbeschränkungen (Numerus clausus). Damit würden viele Jugendliche vom Studium ausgeschlossen. Häufig sind es Leute, die aus finanziellen Gründen neben dem Studium arbeiten müssen oder Kinder haben – was keinen Einfluss auf die Eignung zum Studium hat. Die verbesserte Mobilität wird mit sozialer Selektion bezahlt. Auch die Matur als hinreichende Qualifikation für die Hochschulen würde durch einen Numerus Clausus in Frage gestellt.

Die dritte Variante ist die Erhöhung der Drittmittel aus privaten Quellen, von Firmen wie Pfizer oder der Credit Suisse, die heute schon an der Universität Zürich aktiv sind. Damit wird aber die Beeinflussung der staatlichen Forschung durch profitorientierte private Firmen riskiert.

**Bologna will
die akademischen
Titel in Europa
vereinheitlichen.**

Föderalismus behindert Vereinheitlichung

Jede Hochschule in der Schweiz hat ihr Eigenheiten und jede hat ihre eigenen Vorstellungen von Reformen. Dies ist auch bei der Bologna-Deklaration der Fall, was der erstrebten Vereinheitlichung diametral zuwiderläuft. Jede Hochschule kocht ihr eigenes Süppchen; beispielsweise hat die Hochschule St. Gallen das Bologna-Modell schon umgesetzt, während an anderen Orten noch immer an Grundsätzen gefeilt wird. Es besteht die Gefahr, dass jede Hochschule ihre eigene Auffassung von den Bachelor-Master-Abschlüssen durchsetzt und nicht einmal in der Schweiz eine Vereinheitlichung erzielt werden kann.

Neben dem Numerus clausus drohen vor dem Studium Zulassungsbeschränkungen zum Master-Studium; der Bachelor-Abschluss soll nicht hinreichend sein für ein Master-Studium. In den Richtlinien der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) für die Umsetzung der Bologna-

**Das aufklärerische
Ideal der Bildung
hat ausgedient.
Bologna spricht
von Bildung
als marktwirtschaft-
lichem Gut.**

Deklaration vom 5. Dezember heisst es: «Die Universitäten legen im Rahmen ihrer Kompetenzen die Anforderungen für die Zulassung von Bewerberinnen und Bewerbern mit einem Bachelor-Diplom zu den Master-Studiengängen fest.» Eine Universität kann also in eigener Kompetenz mitten im Studium eine zusätzliche Barriere erstellen. Diese Barriere würde Leute mitten in einer Ausbildung stehen lassen; das ist so unsinnig, wie wenn man heute Studierende ein oder zwei Jahre vor dem Abschluss (nachdem ihre Ausbildung ja Kosten verursacht hat) hinauswerfen würde – die ganze bisherige Ausbildungszeit wäre verschwendet.

Dünne Luft für Frauen

50 Prozent der Studierenden sind Frauen, Professorinnen hingegen gibt es nur gerade 7 Prozent. Wo verlassen alle diese Frauen die Hochschulen? Nach jeder Stufe in der akademischen Karriere (Diplom/Lizenziat, Doktorarbeit, Habilitation, Lehrstuhl) wird der Frauenanteil kleiner. Der Bachelor, eine zusätzliche Stufe auf dieser Leiter, wird ebenfalls dazu beitragen. Der Bachelor ist eindeutig ein minderwertiger Abschluss – und doch werden es wohl vor allem Frauen sein, die damit aufhören werden. Vielleicht wollen sie «nur» eine Babypause einlegen und kehren nachher nicht mehr an die Hochschule zurück. Vielleicht kommen alte Rollenbilder wieder zum Vorschein: Früher reichte eine kaufmännische Lehre für ein Mädchen, da es auf jeden Fall heiraten würde. Warum soll es dann ein Masterabschluss sein? Strukturelle Barrieren erschweren die Fortsetzung des Studiums. Mit dem Bachelor-Abschluss allein wird es sehr schwer sein, eine Stelle zu finden. Wenn nun mehrheitlich Frauen nach dem Bachelor-Abschluss von der Hochschule abgehen, bedeutet das eine erneute Benachteiligung der Frauen bei der Suche nach qualifizierten Stellen.

Wozu brauchen wir unsere Bildung?

Das aufklärerische Ideal der Bildung hat ausgedient. In der Bologna-Deklaration ist von «arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen» und von Bildung als «marktwirtschaftlichem Gut» die Rede. Unser Bildungssystem darf aber nicht nur Futter für die Wirtschaftsmaschinerie liefern. Vielmehr braucht es Menschen, die ihre Umwelt und die Gesellschaft kritisch betrachten und analysieren können. Ein gut funktionierendes, unabhängiges Bildungssystem ist eine wesentliche Voraussetzung für urteilsfähige BürgerInnen, die gefährliche politische Tendenzen frühzeitig erkennen können. Die treibende Kraft hinter der Bologna-Deklaration scheint die Ausrichtung der Hochschulbildung auf ökonomischen Nutzen zu sein. Kurzfristig mag das ein Gewinn für die Schweizer Wirtschaft sein. Langfristig laufen wir aber Gefahr, dass die Urteilsfähigkeit unserer Gesellschaft abnimmt – für das politische System der Schweiz, wo buchstäblich alle mitdenken müssen, wäre das verheerend.

Wir brauchen Reformen

Trotz allen Bedenken: Die Situation an den Hochschulen ist nicht befriedigend. Die internationale Mobilität muss tatsächlich verbessert werden, und das ECTS und das zweistufige Modell ist zumindest im Ansatz eine Lösung dafür. Eine Reform, die aber nur ein Problem löst und dafür viele andere schafft, kann nicht unser Ziel sein. Es braucht weitergehende Reformen, die das Hochschulsystem in der Schweiz stärken und verbessern. Es braucht mehr Investitionen in die Ausbildung. Die steigenden Studierendenzahlen an Unis/FH müssen als Chance gesehen werden. Man hört es immer wieder: Bildung ist unsere einzige Ressource und muss daher entsprechend gefördert werden. Dass Studierende unter dieser Voraussetzung wegen schlechten Betreu-

ungsverhältnissen ungenügend ausgebildet werden und die Forschung unter der knappen Alimentierung und starren Strukturen darbt, ist schlachtweg ein Skandal.

Soziale Ungleichheiten aufheben, nicht verstärken

Eine schwierige finanzielle Lage sollte kein Hindernis sein für ein Hochschulstudium – und doch gibt es viele junge Leute, die aus finanziellen Gründen nicht studieren können. Um allen MaturandInnen ein Studium zu ermöglichen, müssen die Studiengebühren an Universitäten und FHs abgeschafft werden. Gleichzeitig braucht es ein national harmonisiertes, gut ausgebautes Stipendienwesen.

Dass nur 7 Prozent aller ProfessorInnen Frauen sind darf nicht länger so bleiben, denn dies ist nichts anderes als ein Indikator dafür, dass die Hochschulkarrieren vieler fähiger Frauen behindert werden. Reformen müssen zum Abbau dieser Ungleichheit beitragen, anstatt sie weiter zu verstärken. Die Bologna-Deklaration nimmt keine Rücksichten auf Gleichstellung; diese Aspekte werden vollständig ausgeblendet. Wo allein von Wettbewerb die Rede ist, hat Gleichstellung keinen Platz.

Abstimmung mit den Fachhochschulen

Die erst vor einigen Jahren geschaffenen FHs werden von Bologna stark betroffen. Heute dauert die Ausbildung beispielsweise in einem technischen Beruf an einer FH und der ETH gleich lang. Wenn nun die FH nur den Bachelor vergeben dürfen, die ETH aber den Master, werden die FH abgewertet. Eine solche Abwertung würde das duale Bildungssystem massiv beeinträchtigen. Daher muss vor der Umsetzung eine Lösung für die FH und den Übergang zwischen ihnen und Unis/ETH gefunden werden. Ein Ansatz

könnte in einer Verkürzung der Lehre für FH-AnwärterInnen liegen. Eine Reduzierung um ein Jahr könnte eine Master-Studium ermöglichen, dass ähnlich lange dauert wie ein Uni-/ETH-Abschluss.

Beide Ausbildungsvarianten müssen jedenfalls attraktiv bleiben und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wie geht es weiter?

Das Problem der fehlenden Mobilität darf nicht isoliert betrachtet werden und deshalb ist Bologna allein keine Lösung. Die Schweizer Hochschulen, und insbesondere ihre politischen Trägerschaften (also Bund und Kantone), sollten über ihren Schatten springen und die anstehenden Probleme gemeinsam angehen. Dazu gehören neben den erwähnten Schwierigkeiten auch die Koordination der Universitäten mit den FH.

Die Politik in Bund und Kantonen muss die Sache jetzt in die Hand nehmen und nicht den akademischen Gremien überlassen, um das Schweizer Bildungssystem langfristig zu sichern und zu stärken.

Ein Reformimpuls von aussen ist mit der Bologna-Deklaration gegeben. Jetzt müssen wir das Heft selber in die Hand nehmen und die Probleme lösen. Gerade die politische Linke ist gefordert: Die SP bezeichnet sich immer wieder als «Bildungspartei»; nun soll auch etwas für diesen Ruf getan werden. Das sorgfältig aufgebaute Schweizer Bildungssystem darf nicht im Zuge der neoliberalen Politik allein den Marktkräften überlassen werden. Es muss die Jugendlichen weiterhin zu mündigen und kritischen BürgerInnen erziehen und allen gleiche Chancen ebnen. Und das kann die Bologna-Deklaration allein nicht.

Emanuel Wyler, Sekretär der JUSO
Kanton Zürich, studiert an der Uni
Zürich Biochemie.